

Sächsische Elbzeitung.

Amts- und Anzeigeblatt

für das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Schandau und den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Die „Sächs. Elb-Zeitung“ erscheint Mittwoch und Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, sowie durch die Expedition ders. M. für 1 Mark vierteljährl. zu beziehen. — ~~Die Inserate für das Mittwochblatt werden bis Dienstag früh 9 Uhr, für das Sonnabendblatt spätestens bis Freitag früh 9 Uhr erlassen. — Preis für die gespaltene Corpusecke oder deren Raum 10 Pf., Inserate unter 5 Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet, (tabellarische oder complicirte nach Uebereinkunft.) — Inseraten für die Elbzeitung nehmen an in Hohnstein Herr Bürgermeister Hesse, in Dresden und Leipzig die Annonen-Büros von Haasenstein & Vogler, W. Saalbach, Invalidendank und Rud. Mosse.~~

Nr. 86.

Schandau, Mittwoch, den 25. October

1876.

Politische Weltschau.

○ Im deutschen Bundesrathe werden die Arbeiten, welche sich auf den Etat beziehen, eifrig gefördert. Die bei dem Bundesrat eingelaufenen Petitionen wegen Verlängerung der Eisenzölle über den 1. Januar 1877 hinaus sind dem Ausschuss für Zoll- und Steuerweisen überwiesen. Der letztere hat eines seiner Mitglieder mit einem Referat betraut und wird an der Hand desselben, sobald es vorliegt, die Beratung darüber beginnen. Bis jetzt ist der Antrag, den Petitionen gemäß die Aufhebung des beschlossenen Gesetzes herbeizuführen, von irgend einer Regierung noch nicht gestellt worden. In fortschrittlichen Kreisen herrscht jedoch die Ansicht, daß es nur der Reichstag noch in der Hand hat, das Gesetz über die Aufhebung der Eisenzölle wirklich zur Ausführung gelangen zu lassen. In den preußischen Regierungskreisen scheint man zu dem Gegentheil entschlossen und damit wäre auch die Majorität im Bundesrathe für die Forderungen der Schutzzöllner gesichert. — Auch dem Bischof von Limburg ist nunmehr vom Oberpräsidenten von Hessen-Nassau die Aussöhnung zugegangen, sein Amt niedergelegt. Zwei Erzbischöfe, ein Fürstbischof, zwei Bischöfe sind bereits ihres Amtes entsezt worden. Vielleicht wird binnen Kurzem die katholische Kirche in Preußen ihrer Spize gänzlich beraubt sein. Und doch will man sagen, daß die Jahre des Kulturmampfes fruchtlos geblieben seien!

Der in voriger Woche stattgefundenen Wiedereröffnung des österreichischen Reichsraths gingen manigfache Erörterungen darüber vorans, ob die Regierung des Kaiserthums sofort über den Ausgleich mit Ungarn und die Orientfrage interpellirt werden sollte oder nicht? Eine Diskussion dieser Angelegenheit dürfte zunächst im Fortschrittsclub stattfinden. Ueber die Abmachungen mit Ungarn sollten den Mitgliedern beider Häuser die gewünschten detaillirten Mittheilungen in kurzer Zeit zugehen. Die entsprechende Form hierfür zu finden, kann keine Schwierigkeiten bieten. Was die Orientfrage anbelangt, so scheint eine größere Anzahl von Abgeordneten bereit zu sein, Auflösungen über den Stand derselben zu verlangen, und die Verfassungspartei dürfte der selbstständigen Einbringung einer Interpellation kaum aus dem Wege gehen, wenn wirklich, wie gerüchtweise verlautet, die unter dem Sammelnamen „Rechtspartei“ zusammenfassende Opposition des Abgeordnetenhauses als eine ihrer ersten Kundgebungen es betrachten sollte, an die Regierung eine Interpellation über die orientalische Krise zu richten.

Mit traumhafter Schnelligkeit erscheinen und verschwinden die kaum fixirebaren Bilder der politischen Camera obscura der orientalischen Frage. Die Waffenstillstandsvorschläge der Türkei sind abgelehnt worden, und zwar von Russland, was man ohne Mühe vorher sagen konnte. In England hat die Stimmung seit unserm letzten Berichte eine mehrfache Schwankung durchgemacht. Die „Times“, welche zuerst gewaltig mit dem Säbel klirrte und dann den Fürsten Bismarck um Hilfe anrief, ist hente wieder ziemlich ruhig. Am Schlusse eines Artikels über die Situation läßt sich das Blatt, wie folgt vernehmen: „Englands Interesse ist weniger unmittelbar, als dasjenige Deutschlands, Österreichs und Frankreichs, und wir können selbst den Ausbruch eines Krieges mit Gleichmuth abwarten. Aber es dürfte einen Punkt geben, bei welchem Rücksicht gegen die Wohlfahrt und den Ruf des britischen Reiches eine entschlossene Haltung erheischen würden und es ist unsere Pflicht, den Gang der Ereignisse mit hinreichender Vorbereitung zu beobachten.“

Die Gerüchte über gewisse Bündnisse tauchen wieder und zwar mit größerer Bestimmtheit auf. Angewien wird geschrieben: „In wohlunterrichteten Kreisen glaubt man, daß ein Bündniß zwischen Russland und Österreich auf dem Punkte des Abschlusses siehe. Den Bedingungen dieses Bündnisses zufolge würde Russland zu einer militärischen Intervention in der

Türkei schreiten, im Falle die letztere Macht einen kurzen Waffenstillstand verweigert, während Österreich einstweilen Neutralität beobachten würde (?). Russland würde in diesem Falle nicht in den von ihm besetzten türkischen Provinzen bleiben. Sollten die Ereignisse indeß zum Sturz des ottomanischen Reiches führen, so würde Russland in Übereinstimmung mit dem vorher mit Österreich getroffenen Abkommen letzterer Macht solche Gebietsausdehnungen bewilligen, als sie auf Grund ihrer allgemeinen wie ihrer Handelsinteressen beanspruchen dürfte.“ — Die „Morning Post“ bemerkt über dasselbe Thema: „Wenn es seine Richtigkeit mit der Nachricht aus Wien hat und bis jetzt ist sie noch nicht dementirt worden, ist die orientalische Frage auf dem Punkte, eine neue und aralarmirende Umwandlung zu erfahren, der Plan ist augenblicklich der, daß Russland die ottomanische Regierung d. h. das ottomanische Reich stürzen soll, und daß dann der aktive und der passive Räuber sich in das Wrack in einem harmonischen, liebenden und gegenseitig gefälligen Geiste und im Einlange mit einem geheimen Abkommentheilen sollen. Dahin also sind die orientalische Frage und die internationale Moral des 19. Jahrhunderts gekommen! . . . Wenn Österreich wirklich ein Theilnehmer dieses Pakts ist, hat es nur in Übereinstimmung mit seinen Überlieferungen gehandelt; aber es ist zu spät, Österreich zu bewegen, zu pausiren, ehe es die Strafe zu seinem eigenen Verderben und der Erschütterung Europas tritt? Kann Österreich nicht einsehen, daß es durch das Einschlagen des angedeuteten Verfahrens Deutschland wie Russland in die Hände spielen würde? Kann es in diesem kostlichen Plan nicht den Finger Bismarcks wie den Gortschakoffs erkennen? . . . Wir würden uns freuen, zu finden, daß das Gerücht von dem bevorstehenden Abschluß des Bündnisses der Begründung entbehrt. Aber wenn Österreich solch verführerischen Vorschlägen Gehör geschenkt hat, bewegt es sich auf untermiritem Boden und nach und nach wird die unvermeidliche Explosion ihre Kraft weit mehr gegen dieses selber als gegen irgend eine andere Macht vertheilen. Für den Augenblick dürfen wir vielleicht hoffen, daß das Wiener Gerücht lediglich den Zweck hat, den Puls Europas zu fühlen und daß es nicht die absolute Existenz irgend eines definitiven Bündnisses zwischen Österreich und Russland andeutet; aber es würde unweise sein, den Abschluß einer solchen Allianz als unwahrscheinlich oder unmöglich zu betrachten.“ Eine andere Wiener Tageszeitung befagt Folgendes: „In hohen politischen Kreisen erklärt man zuversichtlich, daß Graf Andrássys Opposition das hauptsächlichste und fast einzige Hinderniß gegen eine Allianz zwischen Österreich und Russland ist. Dem Vernehmen nach begünstigt Kaiser Franz Joseph selber eine solche Politik in hohem Grade und es würde keine Überraschung verursachen, wenn der Graf seine Entlassung einreichen sollte. In diesem Falle würde er wahrscheinlich durch Graf Beust ersezt werden, der während seiner jüngsten Anwesenheit in Wien ein gründliches Einvernehmen mit Russland in der orientalischen Frage begünstigt haben soll. Dieser Stand der Angelegenheiten ist selbst in St. Petersburg bekannt und es heißt, Fürst Gortschakoff warte nur, der österreichischen Unterstützung gewiß, seine Zeit ab, um durch dieselbe Konstantinopel zu erreichen, ohne auf irgend welchen ernsten Widerstand zu stoßen.“

Es kann nicht Wunder nehmen, wenn auch Italien an der Peute des sich vorspiegelnden Krieges teilzunehmen wünscht, wenigstens indirect durch einen Angriff mit Österreich. Der ministerielle „Beraglier“ veröffentlicht einen Artikel, in dem er die diefer Tage von fremden Zeitungen wiederholten Gerüchte von angeblichen Absichten Italiens auf das Trentino bespricht. Der „Beraglier“ tadelt lebhaft die „Opinione“, weil sie durch einen Artikel die Ursache dieser Gerüchte gewesen sei, indem sie die eventuelle Annexion des Trentins im Falle künftiger Territorial-

veränderungen im Orient befürwortet habe. Diese Haltung der „Opinione“ sei nur ein Wahlmanöver, um dem jehigen italienischen Kabinett zu schaden und gegen dasselbe den Argwohn und das Misstrauen der Diplomatie zu erregen. Das einzige Sicherere hinsichtlich der diplomatischen Situation dürfte das sein, daß die Großmächte jetzt auf Lord Derby's früheren Vorschlag, betreffend den Abschluß eines bedingungslosen sechswöchentlichen Waffenstillstandes, um während dieses Zeitraumes eine Basis für einen Friedensvertrag zu finden, zurückgekommen sind.

Es sind nun 3 Wochen her, daß auf dem serbischen Kriegsschauplatze nahezu ununterbrochene Waffenruhe geherrscht hat. Anfänglich war diese zwar nicht vertragsmäßig, aber praktisch festgestellte Ruhe ein Ergebnis der physischen Ermattung beider Heere; dann scheinen politische Einflüsse besonders maßgebend geworden zu sein und heute stehen die Dinge so, daß die türkische Armee, trotz der moralischen Erfolge in den Schlachten vom 28. und 30. September, fast allein die übeln Folgen jener äußerlich aufgedrungenen Waffenruhe zu tragen hat. Die erste Schwächung, welche die türkische Operationsarmee gegen Serbien erfuhr, bestand in der Detachirung aufschwingerischer Truppenkörper gegen Bosnien und Montenegro. Die Pforte war zwar bemüht, diesen Anfall durch Nachschübe aus Sofia und Konstantinopel zu decken, doch waren diese keineswegs ausreichend genug, um mit Übermacht eine Offensive gegen die Fronten Krushevatz-Deligrad-Alexinatz zu unternehmen. Die Nachschübe hörten auch bald auf, nicht so sehr deshalb, weil nichts mehr nachzuschicken war, als vielmehr aus dem Grunde, weil die Pforte in Folge der letzten politischen Constellationen und Anzeichen gezwungen war, Truppen auch nach anderen Punkten des vielumstürmten Reiches vorsichtshalber zu dislociren.

Tagesgeschichte.

Sachsen. Schandau. Freunden der Turnerei dürfte es vielleicht von Interesse sein, zu erfahren, daß die hiesige Turngemeinde ihr bisheriges, den Vereinsverhältnissen nur mangelhaft genügendes Winterturnlocal seit voriger Woche mit einem neuen, der verhältnissen, von Herrn Bier dem Verein bereitwilligst überlassenen Veranda des Elb-Salon vertauscht hat. Es kann dieser Wechsel nur ein vortheilhafter genannt werden, denn das letztere Local, ebenso geräumig als freundlich und vor Wind und Wetter wohl verwahrt, eignet sich zum Turnbetrieb in so vorzüglicher Weise, daß es den bisher so tief empfundenen Mangel einer Turnhalle fast vergessen macht, und allen Turnfreunden zu recht fleißiger Benutzung angelegerlichst empfohlen werden kann. Gewiß wird Niemand diese Stätte unbefriedigt verlassen. Der bisher so rührige Verein aber möge dadurch nicht erlahmen, auf der bereits betretenen Bahn rüstig weiter zu schreiten und endlich doch zu dem längst ersehnten Ziele, einem eigenen „Heim“ zu gelangen. Gut Heil! X

— Die heutige Nummer enthält eine Verordnung des I. Ministeriums des Innern, die Abhebung der bei der Kassenverwaltung des erwähnten Ministeriums angewiesenen Kosten für Landarme betreffend.

— Der Krankenunterstützungverein sächsischer Lehrer veröffentlicht den 25. Jahresbericht. Gegründet wurde er im Jahre 1851 von dem damaligen Kantor Fischer in Döhlen. Schon im 1. Jahre stieg die Zahl der Mitglieder bis auf 1207 und bewegte sich in der Zahl von 1400 bis 1600. Die Beiträge waren zunächst auf monatlich 25 Pf. festgesetzt, erwiesen sich aber zur Gewährung der statutarisch bestimmten Unterstützung als unzureichend und wurden auf 30 und im Jahre 1860 auf 40 Pf. monatlich erhöht. — Die verheerendsten Krankheiten waren stets Brust- und Halsleiden. Die Zahl der gewährten Unterstützungen in den 25 Jahren beträgt 4180 mit 134,264 M. 60 Pf. — Die 25. Jahresrechnung weist eine Go-